

## Niederschrift

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 24.11.2015  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

|  | Seite |
|--|-------|
| <b>Öffentliche Sitzung</b> .....   | 4     |
| <b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....  | 4     |
| <b>2 Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft in den Sporthallen des Städt. Meerbusch-Gymnasiums - mündlicher Bericht</b> ..... | 4     |
| <b>3 Vorzeitiger Umzug der Städt. Barbara-Gerretz-Schule in das Schulgebäude Wienenweg 38 - mündlicher Bericht</b> .....   | 4     |
| <b>4 Sachstand Arbeitskreis Schulentwicklung - mündlicher Bericht</b> .....  | 4     |
| <b>5 Haushalt 2016</b> .....   | 5     |
| <b>6 Anträge</b> .....   | 10    |
| <b>7 Anfragen</b> .....  | 10    |
| <b>8 Bericht der Verwaltung</b> .....  | 10    |
| <b>9 Termin der nächsten Sitzung: 16. Februar 2016</b> .....   | 10    |
| <b>10 Verschiedenes</b> .....  | 10    |

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Renate Kox Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied ab TOP 5 für Herrn Andreas Harms

Frau Angela Gröters Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied bis TOP 5

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Michael Billen

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Christa Kohn Sachkundige Bürgerin

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Dario Dammer Sachkundiger Bürger

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Frau Barbara Blättermann Sachkundige Bürgerin bis TOP 5

Herr Sören Daft Sachkundiger Bürger ab TOP 5 für Frau Barbara Blättermann

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Christian Jeckel Sachkundiger Bürger

**Beratende Mitglieder**

Herr M.A. Mike Kunze Stadtsporthverband

Frau Natalie Napp Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Wilfried Pahlke Evangelische Kirchengemeinde

Frau Antje Schwarzburger Schulpflegschaft

Herr Burkhard Wahner Vertreter der Schulen

Frau Anne Weddeling-Wolff Vertreter der Schulen

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven  
Herr Detlef Krügel

Fachbereich 3  
Bereichsleiter Fachbereich 3

**Schriftführer**

Herr Holger Wegmann

Fachbereich 3

es fehlen:

**von der SPD-Fraktion**

Herr Michael Billen

Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Frau Birgit Hellmanns

Katholische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende Ratsfrau Kox alle Anwesenden.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **2 Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft in den Sporthallen des Städt. Meerbusch-Gymnasiums - mündlicher Bericht**

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass er aufgrund der sich stetig verändernden Situation mündlich berichten wolle und aus diesem Grund keine Vorlagen erstellt worden seien. Seit dem 19.10.2015 habe man in beiden Sporthallen des Städt. Meerbusch-Gymnasiums eine weitere Notunterkunft für Flüchtlinge eingerichtet. Insgesamt werden hier bis zu 398 Flüchtlinge untergebracht. Der Betrieb sei auch auf Wunsch der Bezirksregierung Düsseldorf organisatorisch ähnlich aufgebaut wie in der Notunterkunft in der Sporthalle des Städt. Mataré-Gymnasiums, die Betriebsführung durch die Johanner sichergestellt. Anders als am Städt. Mataré-Gymnasium erfolgt die Erstaufnahme inkl. Registrierung und Untersuchung nicht erst in der Einrichtung, sondern bereits vorab zentral für den Rhein-Kreis Neuss in Grevenbroich.

Der Betrieb der Unterkunft habe sich inzwischen eingespielt und laufe reibungslos.

### **3 Vorzeitiger Umzug der Städt. Barbara-Gerretz-Schule in das Schulgebäude Wienenweg 38 - mündlicher Bericht**

Erster Beigeordneter Maatz erklärt die Zusammenhänge zwischen TOP 2 und TOP 3. Aufgrund des Ratsbeschlusses zur Errichtung des Grundschulverbundes Osterath wurde der Umzug der Städt. Barbara-Gerretz-Schule und der Städt. Erwin-Heerich-Schule Boverth zum Sommer 2016 beschlossen. Die sich stetig erhöhende Zahl der Flüchtlinge, die sich zurzeit auf ca.40-45 pro Woche belaufen, habe die Verwaltung dazu gezwungen, die Kapazitäten der Unterkünfte an das Flüchtlingsaufkommen anzupassen. Hierzu sei zunächst ein vorzeitiger Umzug der Städt. Barbara-Gerretz-Schule zu Ostern 2016 durch den Rat beschlossen, um die Schule zu einer Notunterkunft umzufunktionieren.

Es habe sich jedoch schnell herausgestellt, dass dies ebenfalls nicht ausreiche. Deshalb habe man einen Umzug bereits in den Weihnachtsferien geplant, damit das Schulgebäude bereits im Februar als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden könne. Diese Maßnahme sei mit der Schulleitung, der Elternpflegschaft und der Schulkonferenz einvernehmlich abgestimmt. Planmäßig solle die Städt. Barbara-Gerretz-Schule am 07.01.2016 den Schulbetrieb im Gebäude Wienenweg 38 aufnehmen.

### **4 Sachstand Arbeitskreis Schulentwicklung - mündlicher Bericht**

Erster Beigeordneter Maatz berichtet von den Sitzungen des Arbeitskreises Schulentwicklung und dem Beirat. Hier sei relativ schnell klar geworden, dass bedarfsgerechte Angebot nicht nur für die weiterführenden Schulen, sondern auch für die Grundschulen zu erarbeiten, da insbesondere durch die zukünftig schulpflichtigen Flüchtlingskinder auch die Grundschulen betroffen sein werden.

Im Arbeitskreis seien zu verschiedenen Themen Gruppen gebildet worden, die entsprechende Ergebnisse und Lösungsvorschläge erarbeiten. Jedoch sei durch die Schulleiter das klare Signal gesendet worden, dass der geplante zeitliche Ablauf mit der Präsentation eines Lösungsvorschlages zur Ratssitzung vor den Sommerferien 2016 nicht zu erreichen sei.

Nach intensiver Beratung im Beirat Schulentwicklung, der aus Vertretern der Fraktionen und dem Schulträger bestehe, wurde der zeitliche Horizont erweitert, zur Sitzung des Ausschusses am 21. September 2016 solle ein Vorschlag erfolgen. Dadurch können eventuelle Auswirkungen auf den Haushalt 2017 noch beschlossen werden.

Herr Wahner erläutert die Schwierigkeit der Aufgabe, eine massive Veränderung der Schullandschaft bedeute auch regelmäßig das Aufkommen von Problemen an anderer Stelle. Dies mache einen kontrollierten Ablauf nötig, der entsprechende Zeit benötige. Die Ermittlung des unterschiedlichen Bedarfs und die besondere Situation durch die Flüchtlinge seien hierbei die Hauptaufgaben.

## 5 Haushalt 2016

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushaltes 2016 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

### Abstimmungsergebnis:

|                         | Ja        | Nein     | Enthaltungen |
|-------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU                     | 8         |          |              |
| FDP                     |           | 2        |              |
| SPD                     |           |          | 3            |
| Bündnis 90 / Die Grünen | 2         |          |              |
| UWG                     |           |          | 1            |
| DIE LINKE und Piraten   |           | 1        |              |
| <b>Gesamt</b>           | <b>10</b> | <b>3</b> | <b>4</b>     |

Damit ist der Beschluss mehrheitlich gefasst. Der Beschluss umfasst auch die beigelegte Veränderungsliste

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox erläutert zunächst das Procedere. Die einzelnen Produkte werden in der Reihenfolge Schulen, Sport, Baubetriebshof und Technisches Gebäudemanagement bearbeitet, die Anträge der Fraktionen an den jeweiligen Positionen behandelt und beschlossen. Anschließend wird ein Beschluss für den gesamten Zuständigkeitsbereich des Ausschusses gefasst.

Ratsherr Jörgens fragt nach der Personalbesetzung in den Schulsekretariaten nach Errichtung des Grundschulverbundes. Erster Beigeordneter Maatz will darauf gerne im nicht-öffentlichen Teil antworten.

**Antrag der FDP-Fraktion****Produkt 030.243.010 Schulverwaltungsangelegenheiten, Sachkonto 5291.0000****Reduzierung des Ansatzes von 80.000 € auf 10.000 €, Zuschuss Mittagessen**

Ratsherr Bertholdt erläutert den Antrag, insbesondere dass die Maßnahme als Anschubfinanzierung gedacht gewesen sei und nunmehr seit 4 Jahren laufe, erfordere eine Überprüfung. Man könne z.B. auch auf die Suche nach privaten Sponsoren gehen, die für sozial schwache Kinder das Mittagessen übernehmen.

Ratsherr Peters betont, dass es dem Ausschuss immer wichtig war, hiermit einen Unterstützungsbeitrag ohne Auffälligkeiten zu leisten. Es würden keine Differenzierungen vorgenommen, niemand stigmatisiert. Frau Weddeling-Wolff erklärt, dass die Stadt Meerbusch sich mit einer solchen Maßnahme als familienfreundliche Kommune darstelle und sie auf andere Weise keine Diskretion bei der Mittagsverpflegung sehe.

Der Ausschuss ist sich einig, dass dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen Gegenstand der Tagesordnung sein soll.

|                         | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                     |          | 8         |              |
| FDP                     | 2        |           |              |
| SPD                     |          | 3         |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen |          | 2         |              |
| UWG                     | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piraten   |          | 1         |              |
| <b>Gesamt</b>           | <b>3</b> | <b>14</b> |              |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Antrag der FDP-Fraktion****Produkt 030.243.010 Schulverwaltungsangelegenheiten, Sachkonto 5255.0000****Reduzierung des Ansatzes um 10.000 € auf 160.200 €, Leasing Farbdrucker**

Ratsherr Bertholdt zieht den Antrag zurück, nachdem erläutert wurde, dass es sich hierbei um den Ansatz für das Leasing von Farbdruckern an allen Meerbuscher Schulen handelt, mit denen u.a. Lehr- und Lernmittel kopiert werden. Es gibt keinen Preisunterschied zwischen Druck zentral in der Hausdruckerei und dezentral in den Schulen.

**Antrag der FDP-Fraktion****Produkt 030.243.010 Schulverwaltungsangelegenheiten,****Sachkonten 7831000/78320000****Reduzierung des Ansatzes von 151.500 € um 25 %, Beschaffung neuer Medien**

Ratsherr Bertholdt begründet den Antrag damit, dass inzwischen die Qualität der technischen Geräte einen Nutzungszeitraum von 5 Jahren rechtfertigt, wie dies auch der Austausch-Rhythmus bei den Verwaltungsrechnern widerspiegelt.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass zum Einen die Nutzung in den Schulen durch die täglich vielfach wechselnden Nutzer sehr viel intensiver sei als bei den Verwaltungsrechnern und zum Anderen eine vertragliche Verpflichtung mit dem KRZN zugrunde liege, die eine entsprechende Garantieverlängerung über 48 Monate beinhalte. Falls man die Geräte über diesen Zeitraum hinaus nutzen

würde, seien sie nicht mehr versichert. Zudem gäbe es durch das KRZN die Möglichkeit, die Geräte dauerhaft günstig einzukaufen.

|                         | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                     |          | 8         |              |
| FDP                     | 2        |           |              |
| SPD                     |          | 3         |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen |          | 2         |              |
| UWG                     |          | 1         |              |
| DIE LINKE und Piraten   |          | 1         |              |
| <b>Gesamt</b>           | <b>2</b> | <b>15</b> |              |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

#### **Antrag der FDP-Fraktion**

**Produkt 030.243.010 Schulverwaltungsangelegenheiten, Sachkonto 52910000**  
**Betriebskosten Schulen online**

Ratsherr Bertholdt erläutert, dass dieser Antrag eher als Frage zu verstehen sei, man gehe davon aus, dass durch die sinkenden Schülerzahlen auch die Kosten für Schulen online sinken müssten. Zudem habe er erfahren, dass W-Lan in den Schulen nicht funktioniere und neue Geräte ungenutzt in der Realschule liegen würden.

StVD Krügel antwortet darauf, dass die Berechnung nicht nur von den Schülerzahlen, abhänge. Neben anderen nicht von der Anzahl der Schüler abhängigen Elementen richte sich der Preis nach aktiven Accounts, deren Preis nach Mengengruppen gestaffelt sei. W-Lan in Schulen sei ein zusätzliches Pilot-Projekt, welches ohne Kosten sukzessive an den Schulen platziert werde. Für die reguläre Nutzung von Schulen online, die einen gleichzeitigen Zugriff von vielen Nutzern ermöglichen muss, seien weiterhin kabelgebundene Verbindungen notwendig.

#### **Antrag der SPD-Fraktion**

**Produkt 010.111.080 Serviceleistungen Baubetriebshof, Schulhofgestaltung**  
**Neuer Ansatz von 10.000 €**

Ratsherr Eimer zieht den Antrag zurück, nachdem sich der Ausschuss darüber einig ist, weiterhin eher konkrete Projekte der Schulen, wie z.B. das Projekt der städt. Eichendorff-Schule, welches auf der Veränderungsliste zum Haushalt eingetragen ist, zu bezuschussen.

#### **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Bau- und Umweltausschuss**

**Produkt 010.111.080 Serviceleistungen Baubetriebshof, Sachkonto 701005099, Schulhofgestaltung**  
**Grundschulverbund Osterath**

Ratsherr Peters berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss, in dem beschlossen wurde, den Ansatz von 120.000 € beizubehalten und mit einem Sperrvermerk zu versehen und zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Schule und Sport zu verweisen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Bau- und Umweltausschuss zu folgen.

Ratsfrau Schoppe fragt, ob die Maßnahme Nr. 1336 in 2018 (*Anm. des Schriftführers: Techn. Gebäudemanagement*), Anpassung der elektrischen Lautsprecheranlage im Gebäude der Hauptschule nicht mit der Umbaumaßnahme zum Grundschulverbund im Jahr 2016 durchzuführen sei. Dipl.-Ing.

Klein antwortet, dass dies nicht notwendig sei, da hier keine neue Leitungsführung notwendig sei, sondern lediglich die Lautsprecheranlage zu erneuern sei.

#### **Antrag der SPD-Fraktion**

**Produkt 010.111.140, Techn. Gebäudemanagement, Planungskosten**

**Neuer Ansatz von 20.000 €**

Ratsherr Eimer erklärt, dass diese Planungskosten notwendig seien, um dem zu erwartenden Zulauf von schulpflichtigen Flüchtlingen auch in Fragen der räumlichen Kapazitäten begegnen zu können.

|                         | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                     |          | 8         |              |
| FDP                     |          | 2         |              |
| SPD                     | 3        |           |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen |          | 2         |              |
| UWG                     |          | 1         |              |
| DIE LINKE und Piraten   |          | 1         |              |
| <b>Gesamt</b>           | <b>3</b> | <b>14</b> |              |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Kunze wendet sich mit einer Bitte der Sportvereine an den Ausschuss. Durch die Verwendung der Sporthallen als Notunterkünfte brechen den Vereinen erhebliche Nutzungszeiten weg, die sie versuchen, auf anderem Wege auszugleichen. Hierbei entstünden durch den Kauf von zusätzlichen Sportgeräten oder der Miete von Räumen Kosten, die nicht allein durch die Vereine getragen werden könnten. Er bittet darum, dass der Ausschuss für Schule und Sport hierfür Mittel zur Verfügung stellt.

Der Ausschuss begrüßt fraktionsübergreifend die Idee von Herrn Kunze und beauftragt die Verwaltung, entsprechende Lösungen zu finden.

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die Verwaltung bereits in intensiven Gesprächen mit dem Stadt-Sport-Verband Meerbusch e.V. sei und mögliche Unterstützungsformen überprüfe. Er schlägt vor, dass die Verwaltung den Entwurf eines Haushaltsansatzes zur Kompensation bis zum Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss oder zum Rat vorlegen werde.

#### **Antrag der FDP-Fraktion**

**Produkt 080.421.010 Bereitstellung von Sportmöglichkeiten, Sachkonto 7818.0000**

**Streichen des Ansatzes von 35.000 €, Zuschuss Kunstrasen-Kleinspielfeld**

Ratsherr Bertholdt betont, dass es aus seiner Sicht keine Finanzierung oder Bezuschussung zum Bau von Sportanlagen geben dürfe, ohne dass ein entsprechendes Sportstättenentwicklungskonzept (SSEK) erstellt sei.

Ratsherr Schoenauer gibt zu bedenken, dass es sich hierbei um eine Maßnahme handele, die vor 2 Jahren entschieden worden sei. Vor allem habe sich der TSV Meerbusch e.V. (*Anm. des Schriftführers: vorher ASV Lank 1925 e.V. und TuS Bösinghoven 1964 e.V.*) dazu entschieden, das Projekt in Höhe von 155.000 € eigenständig durchzuführen. Dies geschehe überwiegend durch Sponsoren, die auch schon erhebliche Summen gezahlt hätten. Man würde komplett die Glaubwürdigkeit verlieren, wenn man den im Verhältnis zur Gesamtsumme geringen Zuschuss versagen würde.



|                         | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                     |          | 8         |              |
| FDP                     | 2        |           |              |
| SPD                     |          | 3         |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen |          | 2         |              |
| UWG                     |          | 1         |              |
| DIE LINKE und Piraten   |          | 1         |              |
| <b>Gesamt</b>           | <b>2</b> | <b>15</b> |              |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

#### **Antrag der FDP-Fraktion**

**Produkt 080.421.010 Bereitstellung von Sportmöglichkeiten, Sachkonto 5429.0000**

**Vorziehen der Maßnahme von 2017 auf 2016 in Höhe von 30.000 €, Erarbeitung eines Sportstättenentwicklungskonzeptes**

Ratsherr Bertholdt erklärt, dass man im Bereich der Sportstätten dringend Planungssicherheit benötige, aus diesem Grund müsse man das SSEK sofort beauftragen.

Sachkundiger Bürger Daft zeigt auf, dass am Beispiel des gerade diskutierten Kunststoff-Kleinspielfeldes die Notwendigkeit eines SSEK noch deutlicher aufgezeigt werde und ein Vorziehen der Auftragserteilung nach 2016 unabdingbar sei.

Erster Beigeordneter Maatz betont, die Verwaltung beurteile keine Anträge, jedoch möchte er klarsstellen, dass das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) in Arbeit sei und eine ganzheitliche Betrachtung der Entwicklungssituation in der Stadt Meerbusch erfordere. Ein SSEK sei eindeutig nur ein Teilausschnitt davon und könne aus diesem Grund nur anschließend beauftragt werden.

|                         | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                     |          | 8         |              |
| FDP                     | 2        |           |              |
| SPD                     |          | 2         | 1            |
| Bündnis 90 / Die Grünen |          | 1         | 1            |
| UWG                     | 1        |           |              |
| DIE LINKE und Piraten   |          |           | 1            |
| <b>Gesamt</b>           | <b>3</b> | <b>11</b> | <b>3</b>     |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der FDP-Fraktion  
 Produkt 080.424.010 Hallenbad, Sachkonto 701012083  
 Streichen des Ansatzes von 6.635.000 €, Sanierung Hallenbad

|                         | Ja       | Nein      | Enthaltungen |
|-------------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU                     |          | 8         |              |
| FDP                     | 2        |           |              |
| SPD                     |          | 3         |              |
| Bündnis 90 / Die Grünen |          | 2         |              |
| UWG                     |          |           | 1            |
| DIE LINKE und Piraten   |          | 1         |              |
| <b>Gesamt</b>           | <b>2</b> | <b>14</b> | <b>1</b>     |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

## 6 Anträge

Es wurden keine Anträge gestellt.

## 7 Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

## 8 Bericht der Verwaltung

Es gibt nichts zu berichten.

## 9 Termin der nächsten Sitzung: 16. Februar 2016

## 10 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 3. Dezember 2015

---

Renate Kox  
 Ausschussvorsitzende

---

Holger Wegmann  
 Schriftführer